

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 39 (1960)  
**Heft:** 9

**Buchbesprechung:** Blick in die Zeitschriften

**Autor:** Fabian, Walter

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

wildes Abschlagen der Kongolesen infolge des Wiederauflebens und Wiederaufputschens alter Stammesgegensätze weitgehend verhindern können. Einige bedenkliche Zwischenfälle mußten zwar registriert werden, wobei vor allem eine eigentliche Schlächterei kongolesischer Truppen im Bereiche des Balubastammes Lumumba schwer diskreditierte. In der Folge nahm UNO-Generalsekretär Hammarskjöld deutlich gegen den redegewandten Kongo-ministerpräsidenten Stellung. Die Absetzung des UNO-Kommissars Ralph Bunche und die Ersetzung dieses amerikanischen Negers durch einen Inder schien ein Nachgeben gegenüber dem Osten zu sein, war in Tat und Wahrheit genau das Gegenteil. Hammarskjöld gab sich darüber Rechenschaft, daß gegen Lumumba, der den Segen des Ostblocks hatte, nur mit Leuten eingeschritten werden konnte, die nicht dem Westen verpflichtet waren. Der Auftrag, nach außen die verantwortlichen Maßnahmen zu treffen, war von einem Inder mit dem Prestige Nehrus im Rücken leichter auszuführen als von irgendeinem Dritten. Zudem wußte man, daß Indien ganz sicher kein Sondersuppeln am kongolesischen Feuer kochen würde, was man nicht von allen afrikanischen oder östlichen Häuptlingen voraussetzen darf. Im Augenblick kann nicht überblickt werden, wer von den beiden führenden Männern im Kongo, Staatspräsident Kasavubu oder Ministerpräsident Lumumba, sich durchsetzen wird. Beide haben ihre Widersacher abzusetzen und gefangen-zunehmen versucht. Keinem ist es einstweilen geglückt, eine eindeutige Lösung Wirklichkeit werden zu lassen.

Auch die UNO wird vom Kongofieber erfaßt werden. Für die beiden Rivalen im Kongo werden sich in den UNO-Debatten West- und Ostblock einsetzen, und der Umstand, daß sich gerade die Prominenten in Neuyork treffen werden, macht das Herbeiführen einer Verständigungslösung nicht leichter. Wenn man den Kongo noch einige Zeit unter die Treuhandschaft der UNO stellen könnte, wäre am ehesten nachzuholen, was Belgien in bezug auf das Nachziehen der nötigen Kader versäumt hat. *Max Schärer*

## **Blick in die Zeitschriften**

«Die Berliner Schlinge» heißt ein Aufsatz von Chefredaktor *Karl Gerold* in der «Frankfurter Rundschau» (10. September 1960), in dem Gerold die deutschen Politiker und den Westen aufruft, «zu erkennen, daß in Europa das Berlin-Deutschland-Problem hochgespielt wird und wohl kaum mehr in den diplomatischen Schubladen versenkt werden dürfte. Wir meinen damit, daß wir vor weiteren überraschenden Vorstößen nicht gesichert sein werden und solange keine Ruhe bekommen dürften, als wir nicht zu einer Übereinkunft mit der Sowjetunion über Berlin und Deutschland gelangen.» Gerold erklärt dann, militärische oder kriegerische Gefahren beständen im Zusammenhang mit Berlin und Deutschland nicht: «Hier wird der Nachklang des Hitlerkrieges, des verlorenen Krieges der Deutschen, politisch ausgekämpft mit allen Druckmitteln – nur nicht mit Raketen oder dem Blut unserer westlichen Verbündeten. Und deshalb

erhebt sich die harte Frage für viele politisch bange Stunden, die da kommen: Wo steht die Bundesregierung mit ihrer bisherigen Außenpolitik, um die Kraftverhältnisse in West und Ost richtig einzuschätzen und um mit einer klugen Politik, zu Nutz und Frommen des deutschen Volkes, handeln zu können?! Wir fürchten, sie ist mit ihren bisherigen Vorstellungen nicht sehr weit gekommen. Aber wir halten eine Revision bestimmter außenpolitischer Grundsätze für noch möglich. Freilich ist eine solche Revision nicht mit politisch untermauerten Atom-Denkschriften von Bundeswehr-Generalen in Einklang zu bringen. Wohl aber muß es möglich sein, in Vereinbarung mit der starken politisch-diplomatischen Kraft der Westmächte einem europäischen Frieden entgegenzustreben, der nicht einseitig von der Sowjetunion formuliert und diktiert ist.»

\*

Einen bedeutenden Beitrag zum Verständnis der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer spezifischen Probleme stellt eine sehr gründliche Analyse des großen amerikanischen Stahlarbeiterstreiks von 1959 dar, die Prof. Dr. *Adolf Sturmthal* in den Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der westdeutschen Gewerkschaften (Nr. 7/8) veröffentlicht.

Das Septemberheft von *«Geist und Tat»* setzt sich vor allem mit dem Problem der politischen Indifferenz auseinander. *Albrecht Kaden* und *Willi Eichler* untersuchen gründlich die Ursachen der in vielen Ländern festzustellenden politischen Gleichgültigkeit und Passivität und beschreiben Wege und Möglichkeit, diese für Bestand und Funktionieren der Demokratie so gefährliche Apathie zu überwinden.

Die *«Gewerkschaftlichen Monatshefte»* (Köln) bringen in ihrem Septemberheft eine Reihe sehr interessanter Länderberichte. *Lorenz Knorr* schreibt über *Polen* und seine Jugend, und *Walter Gyßling* berichtet über Eindrücke von einer Studienreise durch die *Tschechoslowakei*, *Karl Schumann* analysiert scharfsinnig die Rückständigkeit der kommunistischen Agrarpolitik in der DDR, *Wolf Donner* zeigt in einem reich dokumentierten Aufsatz, daß auch *Südtalien* zu den «Entwicklungsländern» gehört, und *J. E. Palmon* (Tel Aviv) informiert über die Hilfe, die der kleine Staat *Israel* zahlreichen unterentwickelten Ländern Asiens und Afrikas leistet. Im gleichen Heft untersucht *Helmut Lindemann* unter dem Titel «Neue Spielregeln für eine neue Politik?» die Möglichkeiten einer Neuorientierung der westdeutschen Außenpolitik. Ferner schreibt *Hans Steinitz* (Neuyork) über das Weltraumrennen zwischen den USA und der Sowjetunion; er vertritt die Ansicht, daß Amerika alle Chancen habe, den Vorsprung der Sowjetunion einzuholen. Wir wollen die Schlußsätze dieses Artikels zitieren:

«Diese Zwischenbilanz dürfte einige irrige Urteile und Vorurteile korrigieren, und sie sollte vor allem mit einer leichtfertigen und trügerischen Desinteressiertheit aufräumen, die auf der irrigen Annahme basiert, daß Weltraumforschung im Grunde nur eine größtenwahnsinnige Wettprahlerei zweier waffenstarrer Super Großmächte sei. Die bescheidenen europäischen Astronomen und Astronauten, die langsam beginnen, ihre Kräfte zusammenzutun und ihrerseits auf Gemeinschaftsbasis in die Weltraumforschung einzugreifen, haben sehr wohl begriffen, daß das Ganze einen ernsten und ernstzunehmenden Kern hat und daß wir in der Tat an der Schwelle einer das Vorstellungsvermögen noch übersteigenden Vermehrung unseres Wissens und Könnens stehen. Gerade wer das Wettrennen der ‚Großen Zwei‘ in seiner heutigen Form mißbilligt, sollte daher den europäischen Gemeinschaftsplänen einer ‚dritten Kraft‘ im Weltraum seine Sympathie und Unterstützung nicht versagen. Die größte aller Herausforderungen unserer Umwelt, die Erforschung oder gar Unterwerfung des Universums, ist an unsere Generation ergangen und von ihr aufgenommen worden. Ein Zurück gibt es da nicht mehr.»

«*Jugend Israels*» ist das Thema des Augustheftes des *«Du»* (Zürich). Sowohl in einer Reihe ausgezeichneten Photos von *Ivan Dalain* wie in einem besonders gedankenreichen Text des Schweizer Journalisten *Willy Guggenheim*, der Israel und den Nahen

Osten aus langen Aufenthalten gründlich kennt, wird das Thema auf eine ungewöhnlich wertvolle Weise behandelt.

Die stets hervorragend illustrierte Zeitschrift «*Magnum*» (Köln) hat ihr Augustheft dem Thema *Tabu* gewidmet. In faszinierenden Photos werden unter anderem folgende Tabus bildhaft dargestellt: Der Tod für das Vaterland – Geburtenregelung – Ehe – Fortschritt – Kirchenglaube – Geld – Junge Generation – Erwachende Völker – Frauen. Dazu liest man Aufsätze bekannter Schriftsteller, Psychologen und Politiker über die Rolle des Tabus in der Politik verschiedener Länder. Natürlich ist dieses «Magnum»-Heft in keiner Weise «tabu» – im Gegenteil: es fordert auf mancher Seite zum Widerspruch heraus. Aber die Verdeutlichung unserer Tabu-Welt kann natürlich von großem Nutzen sein, gerade auch dann, wenn der Leser des Heftes den einen oder anderen Aspekt des Problems anders einschätzt.

\*

Kürzlich fand in Nairobi die Einweihung des Hauses der Solidarität statt, das als Zentrum der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und zugleich als Geschäftsgebäude des Gewerkschaftsbundes von Kenia dienen wird. Bei dieser Gelegenheit trafen sich in Nairobi führende Gewerkschaftsfunktionäre aus folgenden afrikanischen Ländern: Somaliland, Nigeria, Mauritius, Uganda, Sansibar und Pemba, Mali, Kenia, Madagaskar, Njassaland, Sudan, Tanganjika, Republik Kongo und Gambia. Diese afrikanischen Gewerkschaftsfunktionäre erarbeiteten nach längeren Diskussionen eine gemeinsame Plattform, die in den von der AFL-CIO herausgegebenen «*Freigewerkschaftlichen Nachrichten*» (Nr. 8) in extenso veröffentlicht wird. Wir geben die wichtigsten Absätze dieses bedeutsamen Dokumentes wieder:

«Bei unseren Besprechungen haben wir festgestellt, daß zwischen uns Übereinstimmung besteht über solche Fragen, wie Gewerkschaftsarbeit, Stellung der Gewerkschaften vor und nach Erlangung der Unabhängigkeit, gewerkschaftliche, panafrikanische und internationale Beziehungen. Wir sind ganz allgemein der Auffassung, daß die afrikanischen Gewerkschaften nicht die Kopie irgendeiner Bewegung außerhalb Afrikas sein dürfen. Wir sind der Ansicht, daß unsere Gewerkschaften der Kultur, der Geschichte und den wirtschaftlichen Gegebenheiten Afrikas entsprechen müssen... In diesem Sinne bestätigen wir von neuem unseren unerschütterlichen Glauben an eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung. Wir sehen keinerlei Widerspruch zwischen unserem Glauben an eine freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung und der Konsolidierung der Freiheit und Unabhängigkeit Afrikas. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß eine derartige Bewegung wirksam zur Beschleunigung des Prozesses der Konsolidierung der Freiheit und Unabhängigkeit Afrikas beitragen würde, während sie gleichzeitig infolge der von ihr vertretenen Grundsätze darüber wachen würde, daß die Rechte der einzelnen Bürger nicht eingeschränkt werden. Während ihres ganzen Kampfes haben die Afrikaner die Notwendigkeit betont, den Kolonialismus, ausländische Ausbeutung und die Herrschaft der europäischen Siedler zu beseitigen, damit sie ihre eigenen Regierungen und Gesellschaftssysteme errichten können und die Wahrung der Menschenrechte, die bürgerlichen Freiheiten, soziale Gerechtigkeit und Rassengleichberechtigung für alle Menschen gesichert werden. Jedes Abweichen von diesen Prinzipien würde faktisch ein Verrat an der afrikanischen Sache sein.

Die afrikanische Einheit ist ein wesentlicher Teil des afrikanischen Kampfes. Wir rufen deshalb die Afrikaner zur Einheit im Kampfe gegen Rassenpolitik, Kolonialismus und Imperialismus auf. Wir verurteilen Stammespolitik in jeder Form und in all ihren schädlichen Manifestationen. Sie ist der schlimmste Feind der afrikanischen Einheit. Afrika als Ganzes muß für die Einheit eintreten, um die Koordinierung der Bemühungen und die wirksame Fortführung des Kampfes gegen den Kolonialismus und für die totale Befreiung Afrikas zu ermöglichen.

Eine derartige Einheit würde auch dazu beitragen, die afrikanische Unabhängigkeit zu konsolidieren und Afrika vor jeder äußeren Einmischung, sei es von seiten der östlichen oder der westlichen Machtblöcke, oder subtileren Formen des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kolonialismus zu schützen. Sie würde ebenfalls die beste Garantie gegen eine Balkanisierung Afrikas sein. Schließlich glauben wir, daß eine solche Einheit das beste Mittel zur Beseitigung von Streitfragen und Mißverständnissen zwischen afrikanischen Führern und Staaten wäre. ... Wir bestätigen unser Bekenntnis zu einer Politik des Nichtengagements gegenüber dem Machtkampf zwischen Ost und West. Wir glauben nicht, daß alle guten Dinge aus dem Osten und alle schlechten Dinge aus dem Westen kommen. Afrika muß im Gegenteil auf seinem Recht bestehen, jede Frage für sich und gesondert zu entscheiden.

Auf gewerkschaftlichem Gebiet befürworten wir die Einheit der afrikanischen Gewerkschaften. Wir glauben jedoch, daß es unrealistisch wäre, einer Organisation das Recht zu verweigern, selber zu entscheiden, was die beste Politik in ihrer eigenen Lage ist. Wir sind deshalb der Ansicht, daß jede Landesgewerkschaftszentrale das Recht haben muß, über ihre Mitgliedschaft in einer internationalen Gewerkschaftsorganisation selber zu entscheiden. Wir fordern alle Landeszentralen auf, sicherzustellen, daß eine solche Mitgliedschaft mit unserem Glauben an eine freie, unabhängige Gewerkschaftsbewegung nicht in Konflikt gerät.

Wir sind der Meinung, daß ein Bedürfnis für gelegentliche oder regelmäßige panafrikanische Gewerkschaftskonferenzen zwecks Diskussion und Meinungsaustausch über Fragen gemeinsamen Interesses besteht. Um dies zu erleichtern, mag eine lose Organisation zur Koordinierung solcher Konferenzen notwendig sein. Dies ist eine Frage, die von allen afrikanischen Gewerkschaften diskutiert werden muß. Unser Ziel könnte vielleicht durch die Schaffung eines gewerkschaftlichen Koordinationskomitees der Allafrikanischen Volkskonferenz erreicht werden.»

Abschließend bedauern die afrikanischen Gewerkschaftsführer, daß die für den 12. Mai 1960 in Casablanca vorgesehene afrikanische Gewerkschaftskonferenz «auf Drängen von ein oder zwei Ländern ohne Befragung der übrigen Landeszentralen aufgehoben wurde». Der seitdem gegründete Allafrikanische Gewerkschaftsbund könne, «falls ein derartiger Bund wirklich besteht», nicht behaupten, daß er ein Mandat der afrikanischen Gewerkschaftszentralen habe: «Wir erklären, daß, solange keine rechtmäßig zusammengesetzte Konferenz von dem Bund einberufen worden ist, kein von irgend jemandem geschaffenes Sekretariat von der überwältigenden Mehrheit der afrikanischen Gewerkschaftszentralen anerkannt werden kann... Wir bekräftigen noch einmal unseren Glauben an die Einheit Afrikas, aber wir müssen die Notwendigkeit einer vollen, ernsthaften Konsultation und einer realistischen Haltung zu unseren Problemen betonen.»

*Walter Fabian*

## GEDANKEN UND SPLITTER

Eine interessante Umschreibung – sowohl im negativen als auch im positiven Sinn – des Begriffs «sozialer Fortschritt» gibt Prof. J. J. M. Van der Ven in der Zeitschrift «Wirtschaft und Recht» (Heft 1, 1960):

«1. *Negativ:*

Sozialer Fortschritt bedeutet *nicht:*

immer weitere Herauftreibung des materiellen Lebensstandards;